

P+R-Haus Poppenbüttel

Redebeitrag von Astrid Boberg, stellv. Fraktionsvorsitzende, zum Debat- tenantrag der GAL Fraktion Wandsbek auf der Bezirksversammlung am 31.1.2008

Herr Vorsitzender, liebe Damen und Herren,

in einem Punkt sind wir uns einig: Wir brauchen ein P+R-Haus am Poppenbütteler Bahnhof! Aber dann sind die Gemeinsamkeiten auch schon am Ende und die Probleme fangen an.

Es soll ein viergeschossiges Parkhaus mit 550 Stellplätzen über den Bahngleisen südlich des Bahnhofes Poppenbüttel entstehen. Die Zufahrt ist über den Tennigkeitsweg geplant. Bauherrin ist die P+R Betriebsgesellschaft, die sich im Vermögen der Freien und Hansestadt Hamburg befindet - politische Einflussmöglichkeiten wären somit vorhanden.

Das Gebäude soll 116 m lang, 32 m breit und 17 m hoch werden. Bauanträge für Gebäude in dieser Höhe wurden bis vor kurzem am Stormarnplatz immer abgelehnt. Stellen Sie sich diesen Klotz einmal bildlich vor: Besonders gigantisch wird das Gebäude – das für sich schon riesig genug ist - noch durch den Stelzenbau. Der macht das Ganze nicht nur besonders hoch, der Bau wird dadurch auch noch außerordentlich teuer.

Wir haben also schon zwei Probleme: die Größe sowie die Kosten durch Umfang und Standort.

Ich fange mal mit der Größe an: Zurzeit haben wir gut 200 Stellplätze am Poppenbütteler Bahnhof. Werden da wirklich 550 Stellplätze - also mehr als das doppelte - gebraucht? Wir GRÜNEN haben erhebliche Zweifel. Vergleichbare P+R-Anlagen im Umfeld sind deutlich kleiner ausgebaut worden und trotzdem nicht ausgelastet.

Die Wähler können mit Recht von uns erwarten, dass wir aus den Fehlern der Vergangenheit lernen - und nach Fehlern bei der Planung von P+R-Anlagen brauchen wir nicht lange zu suchen. Wir müssen uns nur im Bezirk umsehen: Der Rechnungshof der Stadt Hamburg kritisiert in seinem letzten Bericht heftig die Geldverschwendung beim Ausbau der P+R-Anlage Rahlstedt. Hier wurde die Anzahl der Stellplätze von 100 auf 350 erhöht – mit der Folge, dass die Auslastung nur ca. 25 % beträgt. Die Fehlplanung wird vom Rechnungshof mit 100 Stellplätzen und die Fehlinvestition mit fast 1. Mio Euro beziffert. Wenn man in Rahlstedt also nur 250 Stellplätze braucht, für Volksdorf 350 Plätze ausreichen und für Meiendorf 250 bis 300 Plätze geplant sind, muss der in Poppenbüttel ermittelte Bedarf von 550 Plätzen angezweifelt werden. Das sagt schon der gesunde Menschenverstand. Wie kommen die Planer also auf diesen Bedarf?

Die strittige Bedarfsermittlung basiert auf einer Untersuchung, die ein theoretisch unbeteiligtes Privatunternehmen – nämlich das ECE Projektmanagement finanziert hat. Pikant ist, dass der ECE als Betreibergesellschaft des benachbarten Alstertal-Einkaufszentrums die Möglichkeit eingeräumt wird, im Falle einer Nichtauslastung der P+R-Anlage Stellplätze zu erwerben. Unter diesen Umständen kann das Ergebnis nicht überraschen. Offensichtlich besteht hier ein Eigeninteresse. Das ergibt sich auch aus der aktuellen Antwort der Verwaltung auf die Anfrage von Herrn Klier vom Dezember 2007 mit dem Titel: „Neues Bürohaus der ECE am Heegberg – Erfüllung der Stellplatzverpflichtung“ – der ECE fehlen derzeit ungefähr 224 Stellplätze. Die ECE hat übrigens nicht nur die Bedarfsermittlung finanziert, sondern sich auch mit 290.000 Euro an den Planungskosten beteiligt.

Wir können nicht hinnehmen, dass Privatinteressen auf Kosten der Steuerzahler und zu Lasten der Anwohner umgesetzt werden. Schon um Filzvorwürfe auszuräumen, muss die Bedarfsermittlung dringend von neutraler Stelle wiederholt werden. Es ist immerhin allgemein bekannt, dass der Geschäftsführer der ECE, Andreas Mattner, genau wie auch der ECE-Pressesprecher, Robert Heinemann, für die CDU in der Bürgerschaft sitzen und auch die CDU-Bürgerschaftsabgeordnete Natalie Hochheim bei ihrer Dissertation über die Entstehung

der Shopping-Center in Hamburg von der ECE unterstützt wurde – um nur die exponierten CDU-Politiker zu nennen.

Eine ausreichende Kontrolle der Planung durch die Fachbehörde hat nicht stattgefunden. Der Rechnungshof bemängelt, dass die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt auf die bei der Vergabe von öffentlichen Mitteln vorgeschriebene berufliche Prüfung verzichtet hat. Außerdem beanstandet der Rechnungshof, dass die Bürgerschaft entgegen dem Grundsatz der Haushaltswahrheit über die in der Machbarkeitsstudie ausgewiesenen Kosten nicht zutreffend informiert wurde. Es handelt sich um eine Kostensteigerung von 80% - von 7,5 Mio. € auf derzeit 13,7 Mio. €. Weiter wurde kritisiert, dass bei der Planung und Realisierung von P+R-Häusern die festgelegten Standards erheblich überschritten wurden – ein Stelzenbau ist da nämlich nicht vorgesehen.

Inzwischen sind wir auch schon bei den Kosten:

Unser Fazit: Einsparungen sind möglich, wenn das Parkhaus kleiner wird. Ein kleineres Parkhaus passt außerdem auf den P+R-Platz am Tennigkeitsweg, sodass auch durch die ebenerdige Bauweise die Kosten verringert werden. So wird nicht nur viel Geld gespart, auch die Probleme mit den Anwohnern lösen sich und es könnte endlich gebaut werden. Denn zurzeit weiß niemand, was aus dem Projekt wird, nachdem Anwohner mit ihrer Klage einen Baustopp erwirkt haben.

Womit wir beim dritten Problem sind: Das Planverfahren ist angreifbar.

Die Deutsche Bahn AG als Grundeigentümerin erteilte die Plangenehmigung im vereinfachten Planverfahren – obwohl das P+R-Haus teilweise auf öffentlichem Grund gebaut wird und P+R-Häuser nicht zur Betriebsanlage der Bahn gehören. Insbesondere dann nicht, wenn die Parkplätze wie im vorliegenden Fall nicht ausschließlich von Bahnkunden genutzt werden sollen. Die GAL bezweifelt die Rechtmäßigkeit dieses Verfahrens, zumal auch keine Umweltverträglichkeitsprüfung erfolgte.

Um noch einmal deutlich zu machen, was hier abgelaufen ist: Die Kommunalpolitiker wurden ausgeschaltet, die Bürgerschaft getäuscht und die BSU hat ihre Aufsichtspflicht nicht erfüllt. Und als ob das noch nicht genug ist, wird auch noch die massive Kritik des Rechnungshofes ignoriert. All das geschieht bei einem 13,7 Mio Euro teuren Objekt, das an einem ATAG-Gebiet geplant ist – also direkt neben einem Gebiet mit besonders strengen Bauauflagen: Anwohner dürfen dort z.B. nicht einmal einen Erker an ihr Haus anbauen, ohne Ärger zu bekommen. Diesen Anwohnern soll jetzt ein Fußballfeld-großes Gebäude an ihren Garten gebaut werden, ein riesiges Gebäude, das alles verschattet und durch dessen Nutzung Lärm und ein erheblicher Schadstoffausstoß entsteht.

Aus unserer Sicht hat die Klage der Anwohner gute Aussichten auf Erfolg. Die Frage ist nur, wann das Urteil gesprochen wird. Schon jetzt hat sich der Baubeginn um ein Jahr verzögert. Wir müssen das Projekt "P+R Parkhaus Poppenbüttel" endlich auf eine stabile, bedarfsgerechte und umweltverträgliche Grundlage stellen – so wie wir GRÜNEN es schon seit Beginn der Planung Anfang 2006 fordern.

Das P+R-Haus wie es zurzeit geplant ist kann weder den Anwohnern noch den Steuerzahlern zugemutet werden. Bitte unterstützen Sie unseren Antrag aufgrund der Sachlage und um das Projekt nicht zu gefährden. Wir alle wollen doch das Parkhaus in absehbarer Zeit realisieren.

Der Antrag wurde einstimmig in den Planungsausschuss am 14.2.2008 überwiesen.